

Die Zeitung ist ein politisches, kulturelles und wissenschaftliches Organ der Arbeiterbewegung. Sie enthält alle Nachrichten der Welt, die für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind. Der Bezugspreis beträgt bei monatlicher Lieferung 4,00 M., bei halbjährlicher 20,00 M., bei jährlicher 36,00 M. Einzelhefte 40 Pfg. für Empfänger, 50 Pfg. für Auswärts. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.- M. netto pro Zeile. Inserate-Gebühren in Sonder-Anzeigen: das erste Heft 2.- M., jedes weitere Heft 1.50 M.

Die Zeitung ist ein politisches, kulturelles und wissenschaftliches Organ der Arbeiterbewegung. Sie enthält alle Nachrichten der Welt, die für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind. Der Bezugspreis beträgt bei monatlicher Lieferung 4,00 M., bei halbjährlicher 20,00 M., bei jährlicher 36,00 M. Einzelhefte 40 Pfg. für Empfänger, 50 Pfg. für Auswärts. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.- M. netto pro Zeile. Inserate-Gebühren in Sonder-Anzeigen: das erste Heft 2.- M., jedes weitere Heft 1.50 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 5/6

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Thüringer Kreis- und Gemeindeordnung

Von H. Freund

Der Entwurf der Gemeinde- und Kreisordnung, der in diesen Tagen dem Thüringischen Landtage zugegangen ist, unternimmt den Versuch, die kommunale Selbstverwaltung nach dem Muster der englischen Lokalverwaltung in Deutschland einzuführen. In Thüringen wird ein derartiges Unternehmen dadurch erleichtert, daß das Land, da es erst durch die Revolution gebildet wurde, bei seinem Aufbau an keinerlei geschichtliche Traditionen gebunden ist. Die Verhältnisse in den verschiedenen Gebietsteilen Thüringens sind gesetzgeberisch und verwaltungstechnisch so verschieden, daß auf das geschichtlich gewordene nur im Rahmen seiner ökonomischen Bedingtheit Rücksicht genommen werden muß.

Für die Selbstverwaltung werden zwei Gesichtspunkte maßgebend sein müssen. Zunächst ein rein prinzipiell formeller, der für die kommunale Selbstverwaltung charakterisiert werden kann dadurch, daß wir sie kennzeichnen als den Rechtszustand der örtlichen Gesetzgebung und Verwaltung. Der zweite Gesichtspunkt, der sich mit den geographischen und Zeitverhältnissen ändert, wird die gegebenen Umstände berücksichtigen müssen und nach ihnen die Aufgaben sowohl wie die Gebietsgröße, innerhalb deren die gestellten Selbstverwaltungsaufgaben durchgeführt werden können, orientieren.

Beiden Gesichtspunkten ist in der neuen Thüringer Gemeinde- und Kreisordnung Rechnung getragen. Ausgehend von der Tatsache, daß den großen Selbstverwaltungsaufgaben die kleinere Gemeinde nicht gewachsen ist, werden Stadt- und Landkreise zu den Hauptträgern der Selbstverwaltung gemacht, mit dem Vorbehalt, daß aber auch jede kleinere Gebietsgröße, wenn sie nur in vollkommener Weise den gestellten Aufgaben gewachsen ist, die Möglichkeit erhalten kann, einen geschlossenen Kreis kommunaler Verwaltung zu bilden. Zu diesem Zwecke ist der Zusammenschluß von Gemeinden zu Bezirksgemeinden, die in ähnlicher Weise wie in Rheinland-Westfalen die Gesamtgemeinde, Großgemeinden, dargestellt, vorgesehen. Zur Erfüllung besonderer gemeinsamer Aufgaben können außerdem Zweckverbände geschaffen werden.

Das Grundrecht, das der Gemeinde für die Selbstverwaltung an und für sich gegeben ist, wird als Recht der örtlichen Gesetzgebung ausdrücklich in der Gemeindeordnung festgelegt. Und von diesem Grundrecht ausgehend, werden die Organe der Gemeinde und des Kreises konsequent aufgebaut. Der Gemeinderat, in den Stadtkreisen „Stadtrat“, in den Landkreisen „Kreisrat“ genannt, stellt das Parlament der örtlichen Gesetzgebung dar und zugleich die einzige Kammer, die es in der Gemeinde und im Kreis gibt. Es wird nicht nur mit dem System des Magistrats oder des Gemeindevorstandes gebrochen, sondern es werden auch die ersten Beamten, Bürgermeister und Beigeordnete, zu reinen Vollzugsorganen gemacht. Der Name Bürgermeister kommt in Fortfall, die Geschäfte des Stadtdirektors werden geführt durch den Stadtdirektor, die des Landkreises durch den Kreisdirektor. Die leitenden Beamten haben keinerlei Stimmrecht, sie werden mit Ausnahme des Kreisdirektors von ihren Körperschaften gewählt. Die Wahlzeit des Gemeinde- und Kreisrats dauert drei Jahre; die Wahlperiode der hauptamtlichen leitenden Beamten, Stadtdirektor und Beigeordneten kann durch Gemeinderatsbeschluß über die Zeitdauer von drei Jahren ausgedehnt werden, darf aber sechs Jahre nicht übersteigen. In der Geschäftsführung ist der Gemeindevorstand (Stadt- oder Kreisdirektor) außerordentlich selbständig. In den Auftragsangelegenheiten stellt er das Vollzugsorgan der Landesverwaltung dar.

Die Zahl der Gemeinderatsmitglieder kann durch Ortsbescheid festgesetzt werden, sie darf nicht weniger als sieben, nicht mehr als 61 betragen. In den Landkreisen beträgt die Mitgliederzahl der gesetzgebenden Körperschaft 15 bis 31.

Da die Vorbereitung der Vorlagen nicht in einer großen Körperschaft durchgeführt werden kann, ist für Gemeinden über 2000 Einwohner die Einrichtung eines Verwaltungsausschusses und Finanzausschusses vorgesehen, der gleichzeitig berechtigt ist, in unausschießbaren Angelegenheiten an Stelle des Gemeinderats Beschluß zu fassen. Darüber hinaus können weitere Ausschüsse gebildet werden, auch solche, die nicht den Gemeinderat angehörende Gemeinderatsmitglieder enthalten. In den größeren Gemeinden muß ein sozialpolitischer Ausschuss gebildet werden.

Die Möglichkeit der Volksinitiative und des Referendums ist gegeben.

Die finanziellen Grundrechte der Gemeinden sind in Anlehnung an die bestehende Reichs- und Landesgesetzgebung festgelegt, die spezielleren Rechte werden in einem noch zu schaffenden Kommunalabgabengesetz umrissen.

Die Aufnahme von Anleihen kann erfolgen, wenn 1. die ordentlichen Einnünfte erschöpft und zweckmäßigere außerordentliche Einnahmen nicht zu erschließen sind, und 2. die Ausgaben für Anlagen zu werdenden Zwecken oder von dauerndem Nutzen für die Gemeinde bestimmt sind.

Um für die Rechnungsführung wesentliche Vereinfachungen zu ermöglichen, wird das Recht eingeräumt, die Rechnungs-

#### Das bolschewistische Friedensprogramm

Von Brest bis Genua

Der frühere Sowjetgesandte in Berlin, A. Joffe, der jetzt als Mitglied der russischen Delegation zur Konferenz nach Genua gehen soll, macht in der Sowjetpresse einige Ausführungen über die Ziele der bolschewistischen Außenpolitik, die sowohl in geschichtlicher wie in praktisch-politischer Hinsicht recht interessant sind.

Nach Brest-Litowsk — erklärte Joffe — gingen wir als besiegtes Land, wobei wir von vornherein die Unmöglichkeit einer wirklichen Verständigung voraussehen und alle unsere Berechnungen nicht auf einer realen Verständigung, sondern auf der Weltrevolution aufbauten. Nach Genua jedoch gehen wir als Vertreter eines jedenfalls nicht besiegten Landes, sondern als Gleiche zu Gleichen, mit dem Ziel, nicht nur eine wirkliche Verständigung mit der Welt der Bourgeoisie herbeizuführen, sondern auch die Verständigung der bürgerlichen Staaten untereinander zu fördern.

Den Frieden von Brest-Litowsk unterzeichneten wir, nach dem an uns gerichteten Ultimatum „ohne in seine Erörterung einzutreten“ — wie wir in unserer Deklaration erklärten —, um die Hände frei zu bekommen für den weiteren Kampf gegen diesen uns aufgezwungenen Frieden. So erschien der Frieden von Brest-Litowsk als Einleitung eines neuen Kampfes. Die Verständigung von Genua jedoch soll jedem Kampf ein Ende machen und nicht als Beginn des Kampfes, sondern des Friedens dienen. Deshalb werden wir in Genua keine für uns unannehmbaren Bedingungen unterschreiben, die statt freundschaftlicher und gut nachbarlicher Beziehungen einen Kampf hervorzurufen könnten.

Eine ganze Reihe von Problemen — fuhr Joffe fort —, die in Brest aufgerollt wurden und keine Erledigung fanden, sind auch heute noch ungeklärt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man auch in Genua erneut auf diese Probleme stoßen wird. Man muß hoffen, daß jetzt die bürgerliche Welt, belehrt durch die bittere Erfahrung, eher geneigt sein wird, die Tatsache zu erkennen, daß die tiefen Wunden der Weltwirtschaft nicht mit den alten bürgerlichen Geheißt werden können. In Genua werden wir ebenso wie in Brest unser Programm der Verhinderung neuer Kriege und der Wiederherstellung der Weltwirtschaft aufrollen, mit dem Unterschiede jedoch, daß unser jetziges Programm weniger theoretisch und mehr realistisch sein wird, mehr angepaßt den Bedingungen der gegenwärtigen Situation.

Sieht man in diesen Ausführungen des früheren russischen Sowjetgesandten von der nachträglichen Beschönigung der früheren abenteuerlichen Politik der Sowjetregierung ab, so erkennt man aus ihnen das offensichtliche Bestreben der vernünftigeren Elemente der Sowjetdiplomatie, zu einem erträglichen Verhältnis mit den westeuropäischen Staaten zu gelangen, um gemeinsam mit ihnen den Frieden zu befestigen und die tiefen Wunden der Weltwirtschaft zu heilen. Ausführungen wie die Joffes sind jedenfalls für die Befestigung des Ansehens der Sowjetregierung und die Vorbereitung einer günstigen Stimmung für Rußland weit förderlicher als die machiavellistischen Treibereien eines Nadel, der die einzelnen Staaten ebenso gegeneinander auszuspielen sucht wie bisher die einzelnen Fraktionen und Gruppen der internationalen Arbeiterbewegung.

Geschichtlich bedeutsam ist aber ferner die Tatsache, daß Joffe jetzt genau so spricht wie vor drei Jahren die sogenannten „zentristischen“ Führer, wie Haase, Kautsky, Bauer, Adler, Longuet usw., die von den Kommunisten jahrelang als „Renegaten“ und „Verräter des Proletariats“ beschimpft wurden. Jeder Versuch, die wirklichkeitsfremde, abenteuerliche Politik der Bolschewisten in vernünftige Bahnen zu lenken und die in der Arbeiterbewegung zusammengeballte Kraft, entsprechend den jeweiligen Verhältnissen eines jeden Landes und der allgemeinen internationalen Situation,

führung kaufmännischer Betriebe außerhalb des Etats zu geben.

Besondere Schwierigkeiten macht die Organisation der Landkreise. Die Verhältnisse liegen in Thüringen außerordentlich vielgestaltig, in einzelnen Gebieten bildeten bisher die Bezirke und Kreise reine Staatsverwaltungsorgane, in anderen waren die ersten Schritte zur Selbstverwaltung getan. Es handelt sich bei der Organisation der Landkreise weniger darum, Gegebenes zusammenzufassen, als vielmehr auch den ländlichen Gebieten dieselben Voraussetzungen der Selbstverwaltung zu schaffen, wie sie den mittleren und größeren Städten bereits gegeben sind. Das Gesetz unternimmt hier den Versuch, den Ausgleich von Stadt und Land über den Weg der Verwaltungsreorganisation durchzuführen. Die Landkreise haben außer den ihnen speziell eingeräumten Aufgaben der Organisation der Wohlfahrtspflege, der Verkehrseinrichtungen, der Gründung, Erwerbung und Erhaltung wirtschaftlicher lokaler Unternehmungen die Verpflichtung, Gemeindeaufgaben zu übernehmen, soweit die einzelnen Gemeinden hierzu nicht in der Lage sind oder nicht über die geeigneten Organe und Fachkräfte verfügen. Außerdem werden die Kreise natürlich Hilfsorgane

für die Machterweiterung des Proletariats auszunutzen, wurde als „Verrat an der Weltrevolution“ gebrandmarkt. Jeder Versuch, die kriegerischen Konflikte aus dem Wege zu räumen, um einen dauernden Friedenszustand herzustellen, wurde von den bolschewistischen Fanatikern des permanenten Bürgerkrieges als „Pazifismus“ zurückgewiesen, jeder Versuch der wirtschaftlichen Aufbauarbeit als „Arbeit für den Kapitalismus“ denunziert.

Jetzt hat sich mit einem Schlage die Szene gewandelt. Jetzt, nachdem sich die Bolschewisten genötigt sehen, den ökonomischen Entwicklungsgesetzen Rußlands in größerem Maße als bisher Rechnung zu tragen, beginnen sie auch die Notwendigkeit einzusehen, ihre auswärtige Politik den realen Verhältnissen der westeuropäischen Politik und Wirtschaft anzupassen. Die Gefahr bleibt freilich bestehen, daß sie hier, wie in ihrer inneren Politik, allzuleicht aus einem Extrem in das andere verfallen und, um vorübergehende außenpolitische Vorteile zu ergattern, sich bereit zeigen, wesentliche Interessen der russischen Revolution und des russischen Volkes ebenso preiszugeben wie die Interessen des russischen Proletariats zugunsten des neu erstarkenden russischen Kapitalismus. Sache der internationalen Arbeiterbewegung muß es sein, darüber zu wachen, daß neben den anderen Problemen, die auf der Tagesordnung der Genuaer Konferenz stehen, auch das russische Problem im Einklang mit den Interessen des russischen Proletariats und der Gesamtbewegung der internationalen Arbeiterklasse gelöst werden soll.

#### Moskau und die Weltkonferenz

Moskau, 5. März. (Intel.)

In der letzten Sitzung der erweiterten Exekutive der kommunistischen Internationale wurde eine Resolution über die Einheitsfront angenommen, in der ausgeführt wird, daß die Diskussionen alle Mißverständnisse beseitigt und gezeigt hätten, daß die von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale empfohlene Taktik der Einheitsfront durchaus nicht reformistisch sei. Die Konferenz spricht sich des Weiteren für die Teilnahme an einer gemeinsamen Tagung mit den anderen sozialistischen Organisationen aus, auf der alle Arbeiterorganisationen möglichst vollständig vertreten sein sollen.

In seiner Schlußrede wandte sich Sinowjew gegen die Ansicht vieler Mitglieder der russischen Partei, die meinten, man müßte auf der internationalen Konferenz vor allem „mit jenen Sozialisten, die für den imperialistischen Krieg eingetreten sind, abrechnen.“ Sinowjew erklärte: „Trotz aller Verbrechen Banderdelbes und seiner Gefinnungsgenossen erfreuen sich diese Führer noch immer des Vertrauens des konservativen Teiles der Arbeiterklasse. Aus diesem Grunde sollen wir die allgemeine prinzipielle Fragen auf der internationalen Konferenz nicht aufwerfen.“ Sinowjew wandte sich gegen die Argumente der italienischen und französischen Kommunisten, deren Abneigung gegen die Einheitsfront verständlich sei, doch sei die Lage heute anders als 1919, da die Kommunisten die Teilnahme an der Berner Konferenz ablehnten konnten. Heute gelte es, die dringendsten und wichtigsten Tagesfragen der Arbeiterklasse zur Debatte zu stellen.

Zu welchem Zwecke die deutschen Kommunisten auf die Weltkonferenz gehen, plaudert die „Rote Fahne“ in einer Notiz aus, die an die Adresse unseres Genossen Ledebour gerichtet ist. Es heißt da:

Wir können Ledebour versichern, daß die Kommunisten auf die Weltkonferenz gehen werden. Und zwar mit dem Ziel, dort nicht nur die Mehrheitssozialisten, sondern auch manche Freunde Ledebours zu entlarven.

Sinowjew will nicht mit den Verrätern abrechnen. Die „Rote Fahne“ erklärt das aber als ihr Hauptziel. Da hat die Verbindung zwischen Moskau und Berlin wieder einmal nicht geklappt.

der Staatsverwaltung sein, zunächst in größerem Maße, als das bei den Stadtkreisen der Fall ist, insbesondere auch deshalb, weil die Kreisorganisation erst geschaffen werden muß und diese neu zu schaffende Organisation an die Stelle der bisherigen in Auflösung begriffenen staatlichen Verwaltungskörperschaften (Gebietsregierungen usw.) zu treten haben wird. Der Landkreis, der in der neuen Ordnung beabsichtigt ist, entspricht etwa der englischen Grasschaft, ebenso wie die Organisation des Stadtkreises (Stadtkreise können nur Städte mit bestimmter Gebietsgröße werden; es sind vorläufig neun vorgesehen) der englischen Municipalstadt entspricht.

Für die Gemeinde- und Kreisaufsicht wird ein neuartiges Organ geschaffen. Dieses Organ, die Kommunalkammer, setzt sich zu zwei Dritteln aus durch die Stadt- und Landkreise selber zu bestimmenden Persönlichkeiten, aus einem Drittel (Vorsitzender) aus durch das Staatsministerium zu bestimmenden Organen zusammen. Im großen und ganzen hat die Kommunalkammer nur das Recht des Einspruchs; wenn weitergehende Maßnahmen notwendig werden, muß die Zustimmung des Ministeriums des Innern eingeholt werden. Als Berufungsinstanzen sind Verwaltungsgerichte vorgesehen.



Die polizeilichen Befugnisse werden durch ein besonderes Polizeigesetz geregelt, es besteht die Absicht, die verwaltungspolitischen Angelegenheiten zu kommunalisieren und namentlich auch die Landkreise zu Organen der Verwaltungspolizei zu machen.

Die neue Gemeinde- und Kreisordnung wird wohl deswegen heftig umstritten, weil die leitenden Beamten ihrer parlamentarischen Rechte verlustig gehen, die sie sowohl in der Magistrats- wie auch in der Bürgermeisterei-Verfassung haben. Es wird ein Zustand geschaffen, wie er in jedem anderen Parlamente auch gegeben ist. Die Möglichkeit, Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft zu sein, ist den leitenden Beamten auf der gleichen Grundlage wie irgend einem anderen Gemeindeglied gesichert. Alle Vorrechte fallen.

In Sachen hat man im Gegensatz zu dem ersten Entwurf, der den leitenden Beamten auch noch sehr große Rechte eingeräumt hat, in dem jetzt vorliegenden Entwurf eine Gemeindeordnung den geschäftsführenden Beamten wieder außerordentlich weitgehende Rechte eingeräumt, die die Möglichkeit des Autokratentums nach allen Richtungen hin ausschließen. Es ist zu bedauern, daß die beiden benachbarten Länder, die doch auch politisch sich so nahe stehen, nicht zu einheitlichen Grundlagen ihrer inneren Verwaltung gekommen sind. Um so mehr, als nach Anschauung aller Anhänger des Einheitsstaates die ganze Materie für Deutschland einer einheitlichen reichsgesetzlichen Regelung unterzogen werden sollte oder besser in der Reichsverfassung hätte unterzogen werden müssen. Kommunale Selbstverwaltung im Sinne der englischen Lokalverwaltung ist allein durch Reichsgesetzgebung möglich; sie kann von einzelnen Ländern nur in lückenhafter Weise gegeben werden. Das Wesen der Lokalverwaltung als Selbstverwaltung besteht aber darin, daß ihr alle Aufgaben, die lokal oder landesregional durchgeführt werden können, auch gegeben werden und der Staatsverwaltung lediglich das vorbehalten wird, was zentral geregelt werden muß. Zwischen beiden Verwaltungsarten der zentralen und lokalen Verwaltung gibt es nichts. Die bei uns in Deutschland geschichtlich begründeten Unterscheidungen: Auftragsangelegenheiten, eigene Angelegenheiten müssen in dem Maße, in dem das deutsche Volk zur Selbstverwaltung reif wird, verschwinden. Es ist zu erwarten, daß, wenn erst einmal der Begriff der wirklichen Selbstverwaltung in die Psychologie der Träger der Selbstverwaltung eingedrungen ist, auch diese grundsätzlich anderen Anschauungen an der Selbstverwaltung allgemein zum Durchbruch kommen. Die Thüringische Gemeinde- und Kreisordnung stellt jedenfalls einen praktischen Versuch dazu dar.

### Geschäft um Geschäft

#### Die große Koalition und der Reichspräsident

In der volksparteilichen „Königlichen Zeitung“ konnte man am Sonntag lesen, daß es sehr schwer sein würde, einen neuen Mann für den Posten des Reichspräsidenten zu finden. Es seien keine Führer des Volkes da, die auf den Schild erhoben werden könnten und parteimäßig könne man die Sache auch nicht ausputzen. Wir hören weiter:

Ein Ausweg wäre vielleicht, wenn wir den vorläufigen Herrn Ebert für die ihm noch zum Septennat bleibenden vier Jahre einigültig zum Reichspräsidenten wählten. Auch dann würde es noch Leute geben, die vor dem ehemaligen Sattlergesellen und spätem Vizepräsidenten heimlich die Nase rümpfen und öffentlich Säulunge machen; aber am Ende wäre es so übel nicht, wenn Herr Ebert Reichspräsident und Frau Ebert Frau Präsidentin bliebe. Denn der Mann und auch die Frau haben ihre Pflicht getan, und vor ihrem Anstand und ihrer natürlichen Würde sind allmählich die Schandmäuler verstummt.

Es ist nicht das erste Mal, das in volksparteilichen Kreisen die Persönlichkeit und die Amtsführung Eberts eine so günstige Beurteilung erfährt. Welchen Zweck die „Königliche Zeitung“ damit verfolgt, gerade im jetzigen Augenblick das Verbleiben Eberts auf dem Präsidentenstuhl zu wünschen, das geht aus folgenden Worten hervor, mit denen das Blatt seinen Artikel schließt:

„Wie Herr Ebert denkt, wissen wir nicht, aber nach unserm politischen Empfinden steht und fällt Herr Ebert mit der großen Koalition; kommt sie, muß er bleiben, fällt sie, muß er gehen.“

Die Deutsche Volkspartei will also Geschäft um Geschäft machen. Sie bietet den Sozialdemokraten die Präsidentschaft an und verlangt dafür die Aufnahme in die Regierung. Sie weiß ganz genau, daß sie dabei den eigentlichen Profit einstecken muß. Schon daß jetzt versichert wird, daß die Ernennung von Hermes zum Reichsfinanzminister unmittelbar bevorsteht, zeigt, wohin der Kurs gesteuert werden soll. Kommt die große Koalition zustande, so hat die Deutsche Volkspartei alle Trümmer in der Hand, und sie kann dann auf die Garantien, die sie eine Zeitlang und so laut verlangte, ruhig verzichten. Der Sattlergeselle auf dem Präsidentenstuhle wird dann noch mehr als bisher eine dekorative Rolle spielen und alles tun müssen, was die Bourgeoisie von ihm wünscht.

Die „Vossische Zeitung“ ist nicht ganz zufrieden damit, daß man die große Koalition als Grundlage für die Präsidentschaftswahl nehmen soll, wenn sie sich auch grundsätzlich mit der Verlängerung der Oberbürger Präsidentschaft einverstanden erklärt. Das „Berliner Tageblatt“ dagegen drückt die Ausführungen der „Königlichen Zeitung“ ohne jede Bemerkung ab. Und das ist kennzeichnend für die augenblickliche Situation.

### Stegerwalds Ziel

#### Ein evangelisches Zentrum

Seidem ein jüdisches Schicksal Herrn Stegerwald Ministerpräsident in Preußen sein ließ, fällt sich dieser Mann als ein Führer des Volkes und als richtunggebende Persönlichkeit. Schon einmal hat er in einer in Eisen gehaltenen Rede die Vereinigung aller christlichen Kreise zu einer Partei empfohlen. Jetzt hat er eine neue Rede auf einer Tagung westfälischer Arbeiter-Zentrumsmitglieder gehalten, um seine früheren Darlegungen zu interpretieren. Er sagte u. a.:

„Wenn es aber nicht gelingen sollte, gewisse konfessionelle Gegensätze auf politischem Gebiete zu überbrücken, dann gibt es einen anderen Weg, und das ist der Zusammenschluß unserer evangelischen Mitbürger, die auf dem gleichen politischen und sozialen Boden stehen wie wir, zu einer festen Partei, die sich mit dem Zentrum in dauernder Arbeitsgemeinschaft zusammenschließt. Wenn aber Katholizismus und Protestantismus künftig in Deutschland ein einheitliches Verhältnis zum Staat finden sollen — und das ist das wesentliche und die Vorfrage zu allen parteipolitischen Betrachtungen — dann lebe ich nicht ein, weshalb weite Volkstriebe, soweit sie die christliche Volkskultur als Fundament für den Wiederaufbau Deutschlands ansehen, nicht zu einer einheitlichen politischen Partei zusammengeführt werden könnten. Und so komme ich immer mehr zu der Überzeugung: Entweder der christliche Volksteil findet sich bei den total veränderten Verhältnissen der Gegenwart, im Vergleich zu früher, zu einer einheitlichen politischen Partei zusammen und schafft sich zur Folge des Eigenliebes der beiden Religionsgesellschaften sowohl eine katholische wie eine evangelisch orientierte Tagespresse, oder aber es bilden sich zwei Parteien mit möglichst einheitlichem Programm und dauernder Arbeitsgemeinschaft.“

Stegerwald will also so etwas wie ein evangelisches Zentrum ins Leben rufen, um es mit dem katholischen Zentrum in einer politischen Arbeitsgemeinschaft zu verbinden.

Wir glauben, es ist kein Zufall, daß gerade Stegerwald einen solchen Umsturz aller Parteiverhältnisse anregt und mit einem gewissen Eifer immer wieder zur Debatte stellt. Er muß als Führer des zwar vom Zentrum stark beeinflussten, aber dem Programm und auch der Mitgliederzusammensetzung nach interkonfessionellen Deutschen Gewerkschaftsbundes darauf bedacht sein, die Gegensätze zwischen dem katholischen und dem evangelischen Volksteil zu überbrücken oder doch wenigstens so gering wie möglich erscheinen zu lassen. Auf der anderen Seite zwingt die Logik der Dinge des Gewerkschaftskampfes den Deutschen Gewerkschaftsbund und die christlichen Gewerkschaften in zahlreichen Fällen zu einem Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften, also zur Gemeinsamkeit auf dem Boden der gleichen sozialen Lage. Was sich hier allmählich enger und enger verbinden könnte, muß

durch andere Faktoren getrennt werden, und dazu denkt sich Stegerwald wohl des Schweregewichts einer allgemeinen christlichen politischen Partei zu bedienen.

So sind die Motive des Handels — oder vielmehr des Redens bei diesem Manne ziemlich klar, aber ein Erfolg wird ihm nicht beschieden sein. Dieser Umstürzler arbeitet im konservativen Sinne und seinem Bestreben stehen alle lebendig wirkenden sozialen Kräfte entgegen.

### Spitzenverbände und Teuerung

#### Verhandlungen über Zulagen für das Personal der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe

Am 3. März übermittelten die in den fünf Spitzenorganisationen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, AFA-Bund, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftszentrum vereinigten Verbände, soweit sie Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe betreffen, dem Reichsregiment eine schriftliche Eingabe, in der mit Rücksicht auf die gewaltig fortschreitende Teuerung sofortige Verhandlungen über eine angemessene Erhöhung der Grundgehälter und Grundlöhne des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe gefordert wird. In der Eingabe werden keine ziffernmäßigen Forderungen aufgestellt, dagegen wird gesagt:

„Die Gewerkschaften behalten sich vor, zu Beginn der noch festzusetzenden Verhandlungen ihre Vorschläge vorzulegen und entsprechend zu begründen. Mit Rücksicht auf die unter den Beamten und Arbeitern vorhandene große Erregung wird ein rasches Handeln und die sofortige Festsetzung des Verhandlungstermins verlangt.“

Die Reichsregierung hat inzwischen den Verhandlungstermin auf Freitag, den 10. März, festgesetzt. Zurzeit finden in den beteiligten Verbänden Beratungen über die Höhe der zu stellenden Forderungen und das tatsächliche Zusammenarbeiten statt.

### 12 Mark für das Liter Milch

Die bäuerliche Habgust scheint keine Grenzen zu kennen. In einer Bauernversammlung des Bezirksvereins Karlsruhe wurde beschlossen, als Staffelpreis für den Liter Milch 8 Mark zu fordern. Geistlicher Bauernverein und christlicher Landbund waren in diesem unverhältnismäßig hohen, das darauf hinausläuft, den Milchpreis in den Städten auf mehr denn 12 Mark hinaufzutreiben und es so unmöglich zu machen, die Kinder, Kranken und Altersschwachen ihren Milchbedarf zu gewöhnen. Ein Bauernvertreter empfahl den Milchpreis im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen. — Im Haushaltungsausschuß des badischen Landtages wurde sozialistischerseits dieses Vorgehen als Hochverrat gebrandmarkt. Der Stadtrat Karlsruhe antwortete dem Bauernverband, daß er nur auf eine schiedsgerichtliche Behandlung eingehe und nicht in der Lage sei mit einer Kommission zu unterhandeln, die von zufälligen Teilnehmern einer von unverantwortlicher Seite einberufenen Versammlung delegiert ist und zu keiner vernünftigen Verständigung taugt.

### Kleine Nachrichten

**Die Großhamburger Frage.** Der preussische Ministerpräsident Braun, die Minister Seevering, v. Richter, Dr. Wendorf, der Minister a. D. Südekum und die Staatssekretäre Döhnhoff und Freund sind in Hamburg eingetroffen, um sich an Ort und Stelle für die Verhandlungen über die Große Hamburg betreffende Frage zu unterrichten.

**Ein neues Opfer des Hungers in Rußland.** In Businsk, im Gouvernement Samara hat sich die Quälerin Frau Violetta Tillard bei ihrer opferwilligen Arbeit am Flecktyphus angeeckt. Nach kurzem Krankenlager erlag sie der furchtbaren Krankheit. Frau Tillard hat während des Krieges gegen die Einführung der allgemeinen Militärpflicht in England gekämpfte Wege ihrer antimilitarischen Tätigkeit; mußte sie eine Gefängnisstrafe verbüßen. Nach dem Waffenstillstand hat sie sich den Quälern angeschlossen. Sie fuhr nach Deutschland und wirkte hier als Quälerin mit bei der Dislokation für die neu leidenden deutschen Studenten. Als die ersten Nachrichten über die in Rußland ausgebrochene Hungersnot kamen, meldete sich Frau Tillard sofort. Sie kam nach Businsk, wo sie als dortige Schwestern in aufopfernder Weise bis zuletzt gewirkt hat.

## Der Film am Dienstag

### Der rote Film

Ungeachtete künstlerische Möglichkeiten liegen im Film. Das weiß jeder, der den augenblicklichen Stand der Filmtechnik kennt. Trotzdem — was man heute in den Kinos sieht, steht oft künstlerisch nicht höher als ein Großschmanker. Das ist über traurig. Aber zu einer besonders wichtigen Angelegenheit wird die Filmfrage noch durch einen anderen Umstand.

Keine Kunstgattung stellt so wenig Ansprüche an den Geniebesitzer und wählt trotzdem die innersten Gefühle so auf wie die Lichtspielkunst. Daher ist das Kino heute das Theater des Volkes. Hier findet man selbst Leute, die keine politische Zeitung lesen, keine Versammlung besuchen, kein Interesse für die Arbeiterbewegung haben; besonders die Frauen. Leider ist das in der Arbeiterklasse nicht überall genügend beachtet worden. Andere haben schärfer gesehen und — gehandelt. Nämlich die Rechtsparteien. Schon lange schmuggelt man Szenen ein, wo Arbeiterführer als gewissenlose Hehler, feige Maulhelden oder gar Verbrecher geschildert werden, während man den Arbeitgebern jede Tugend andichtet. Ja, vor kurzem kam ein Film heraus, der offen monarchistische Propaganda treibt: *Fridericus rex*.

Der reaktionäre Mißbrauch des Films greift an den Lebensnerv des arbeitenden Volkes. Das Proletariat wird Mittel und Wege finden müssen, um dieser Gefahr zu begegnen.

In erster Linie kommt in Frage: Filmkritik in der Arbeiterpresse, wie sie zum ersten Mal die „Freiheit“ eingeführt hat. Diese Anfänge müssen schleunigst ausgebaut werden.

Aber es darf nicht bei der Kritik bleiben. In den heutigen Kinos ist sehr wenig erfreuliches für uns; das schlimmste ist aber, daß ein Spielfilm, der proletarischem Empfinden auch nur einigermaßen zusagt, bei den jetzigen Zuständen in der Filmindustrie unmöglich ist.

Geschehen das Fall, ein Roman von Sinclair würde heute verfilmt — der Hersteller könnte lange warten, bis sein Werk eine Aufführung erlebte. Wahrscheinlich würde schon die staatliche Filmprüfungsstelle irgend etwas auszuwählen. Außerdem bräute keine der „Erfolgsverfilmungstheater“ einen solchen Film, kein Vertriebsinstitut übernehme den Vertrieb. Und damit wäre er auch ohne Zensurverbot gescheit.

Wußt das so bleiben?

Die Arbeiterschaft hat sich in schweren Kämpfen eigene Presse, eigene Versammlungsräume, eigene Büchereien geschaffen usw. Der Film ist ein Bildungs- und Propagandamittel, das in vieler Beziehung der Rede und dem Zeitungsartikel überlegen ist. Will die Arbeiterschaft dieses Mittel der Reaktion überlassen? Das wäre Selbstmord.

Wie kann es anders werden?

Die Arbeiterschaft muß die Sache selbst in die Hand nehmen. Ich frage: Welche Zensurbehörde kann es wagen, einen Film zu

verbieten, wenn die Arbeiterschaft energisch seine Freigabe fordert? Wäre das der Fall, würden weiter auch viele Kinos zur Verfügung. Sollten aber die Kinobesitzer wirklich nicht mitmachen — nun, Lichtspieltheater sind verhältnismäßig leicht einzurichten. (Die Frage der Kommunalisierung der Lichtspieltheater werden wir noch ausführlich behandeln. Die Red.)

bleibt noch die eine Frage: Wo ist der Film, den wir brauchen? Er existiert noch nicht. Aber Genossen stehen bereit, ihn zu schaffen. Wenn sie die Gewähr bekommen, daß ihre Filmwerke aufgeführt werden, dann werden sie sofort an die Arbeit gehen; und in wenigen Monaten wird auf der Leinwand, die die Welt bedeutet, der rote Film erscheinen.

Um die Aufführung sicherzustellen, sind verschiedene Möglichkeiten denkbar. Vielleicht übernehmen die Gewerkschaften und Parteien den Verkauf von 150 000 Eintrittskarten für die ersten Filme; diese Anzahl würde etwa genügen, um die Herstellungskosten zu decken. Vielleicht auch gründet man eine „Freie Volkstheaterbühne“, die (ähnlich wie die Volkstheatervereine) für ihre Mitglieder Aufführungen proletarischer Filmkunst zu billigen Preisen veranstaltet. Welcher Weg im einzelnen eingeschlagen wird, müssen die gewerkschaftlichen und politischen Großorganisationen entscheiden, die von der Wichtigkeit der Filmfrage offensichtlich endlich überzeugt sind und sich in diesen Tagen näher damit beschäftigen wollen. Sache jedes Hand- und Kopfarbeiters oder wird es sein, überall besonders in Gewerkschafts- und Parteiversammlungen diese Frage anzuschneiden und nicht locker zu lassen, bis das Ziel erreicht ist: der proletarische Gedanke popularisiert im roten Film!

### Filmschau

Was neuerdings in Deutschland an Filmen produziert wird, ist nicht nur vom Liebeswerden um Amerikas Gunst mitbeeinflusst, nein, es wird jetzt wohl ausschließlich für Amerika gearbeitet. So sind im „Wald mit der Kasse“ von Liedmann und Jacoby alle Instruktionen, Plakate, Schilder in amerikanischer Sprache gehalten, damit man drüben ja nicht den deutschen Ursprung erkenne und dran Anstoß nehme. Doch das Register hat ein Doch: der Film ist nämlich so dünnhäutig, daß schon allein diese Tatsache den Amerikanern keine Abstammung verraten wird. Nicht etwa, weil amerikanische Filme frei sind von Unwahrscheinlichkeiten — im Gegenteil, ihre Habsinns sind höchst unglaubwürdig, nur hat der Unsinns Methode, das heißt: er ist ein Mittel zum Zweck, kein eine Situationskomik herbeizuführen (was auch dem deutschen „Mann ohne Namen“ gelungen ist), kein sonst einen Einfall zur größeren Wirkung zu bringen. Ist der Unsinns aber um seiner selbst willen da, dann beweist er, daß den Verfassern entweder nichts Besseres eingefallen ist außer der Ueberzeugung, daß kostspielige Ausarbeitung und geschickte Regie dem Filmpublikum schon genügend Sand in die Augen streuen würden.

Von den Schwedenfilmen weht keine Luft. Und ansteckend, fühlende Menschen sind, denen wir da begegnen, Menschen deren Wohl und Weh uns nahegeht, uns aufwacht und erschüttert. Denn es ist kein in fabrikmäßigem Betrieb vorfertigtes Erzeug-

nis, das vom Regisseur eines über Pappendefelbauten hinwegbrüllenden Regisseurs in „Gruppen“ verlegt wird. Es handelt sich in diesen Schwedenfilmen um Schicksale, die vom Herzblut ihrer Darsteller und ihres Regisseurs zu sein scheinen. Diesen Eindruck hinterläßt auch der Film: „Im Hafen“ (U. Kollens dorfplatz), obwohl er das schwächste Werk des vielleicht gefühlvollsten aller Filmregisseure ist, des Mauritz Stiller. Die Schuld liegt am Stoff des Romans von Georg Engel. Ein Blitzer, der auch die zartesten Empfindungen seiner „Dämmer“ mit strengen Gelehen beherrschen zu können glaubt, stößt in der Liebe zweier Menschenkinder auf Widerstand. Er droht, das Liebespaar von der Kanzel herab vor der ganzen Gemeinde zu adeln. Die Liebenden erklären, sie würden in der Kirche zur Stelle sein und mit einer Gegenanlage antworten. Damit ist der Konflikt auf die höchste Spitze dramatischer Spannung getrieben, und was nun bevorsteht, könnte und müßte ein Akt von niederstimmernder Entladung sein, aber — auf der Bühne! Der Kampf zweier Ideen Rede und Gegenrede, wie soll das ohne Worte, durch Bilder allein gestaltet werden? Es ist nur natürlich, daß der Film eine solche Hochspannung nicht zum Explodieren bringen kann, sondern sie durch zahllose Torte abschwächt. **Doris Koffler**

Ich bin wochenlang krank gewesen und war nun zum ersten mal nach langer, langer Zeit wieder im Kino. Ich hatte mich darauf gefreut. Welche Enttäuschung!

„Die Lou vom Kontinente“ heißt dies — na jagt mir: Filmfabrikstud und wurde im „Marmorhaus“ aufgeführt. Die Geschichte von der Kokotte, die mal arm und mal reich ist mal mit dem und mal mit einem andern lebt und liebt, ist so unraut und abgedroschen, daß ein halbwegs vernünftiger und anständiger Mensch sich doch nur dann an diesem abgegriffenen Stoff wagen wird, wenn er irgend etwas Neues, noch nicht Gesagtes zu diesem Thema zu sagen hat. Leo Heller und Leo Last (die „Verfasser“ der Lou) haben nichts, aber nicht das Geringste zu sagen, was neu wäre. Das schon von tausend andern Dort gestellte aber erzählen sie so dumm, so albern und so verlogen, daß man geradezu angeekelt wird. Der der Handlung: Paris steht auf dem Programm. Damit man glaubt, man würde ein paar schöne Aufnahmen aus dieser ewig schönen Stadt an der Seine zu sehen kriegen. Ja, Rußland! Alles Beton und Papier mache! Keine Spur von Paris! Und wie sich die Leute in diesem Film benehmen, so benimmt sich kein Mensch — weder in Paris noch sonst irgendwo auf der Erde, — sondern bloß in einem deutschen Kinostück. Traurig, daß Schauspielers von der Bedeutung Kämpfers und der Intelligenz Gottowis sich für solchen Schund hergeben. Traurig, daß sich Menschen finden, die sich einen Riß habizieren! Am traurigsten, daß sich in Deutschland ein Publikum findet, das sich so was gefallen läßt!

„Tingel“ heißt Lüdige und Sieburg sind die Autoren. Otto Rippert der Regisseur. Dieser Regisseur scheint mir per dienstvoller als seine Autoren. Denn das weitans Beste an diesem Film ist der erste Akt. Darin wird nur das Milieu, ein Großstadt-Tingelangel über Sorte geschildert. Und das ist sehr gut







# Er will nicht verbunden sein!

Ein Beitrag zur Not der Kriegsoffen.

Dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen wird uns geschrieben:

Die Auszahlung der ab 1. Dezember 1921 für Schwerbeschädigte, Kriegserwitwen, Waisen und Eltern gewährten Teuerungszuschüsse ist den Haupt- bzw. Fürsorgestellen übertragen, um möglichst schnell zu helfen. Schon bei der ersten Auszahlung, die vor Weihnachten stattfinden sollte, hat die Berliner Hauptfürsorgestelle Schwierigkeiten gemacht, so daß die erste Zahlung erst im Januar erfolgt ist. Inzwischen ist die Teuerung erheblich gestiegen. Trotzdem ist die Auszahlung der Zuschüsse für Februar noch nicht erfolgt, obwohl schon die für März fälligen, erhöhten Beträge gezahlt sein sollen. Alle Bemühungen der Organisation waren bis zurzeit erfolglos. Ein Mitglied des Bundesvorstandes, das zugleich stellvertretendes Mitglied des Hauptbeirates der amtlichen Fürsorge ist, verfuhr jetzt nach Besprechung mit Vertretern des Reichsarbeitsministeriums den Leiter der Berliner Hauptfürsorgestelle telefonisch zu sprechen. Leider vergeblich, da das betreffende Telefonat auf mehreren dringenden Anrufen immer wieder die Antwort erteilte: „Der Teilnehmer wünscht nicht angerufen zu werden.“ Also auf gut deutsch: Die Hauptfürsorgestelle will keine Gespräche entgegennehmen, um nicht mit Klagen der bedürftigen Hinterbliebenen belästigt zu werden. Wahrscheinlich geht's den Herren besser als den Kriegsoffenen, denen auf diese Weise noch vorenthalten wird, was ihnen nach Recht und Gesetz zusteht.

Da muß man sich doch fragen: „Was heißt soziale Fürsorge?“ Verstehen die betreffenden Persönlichkeiten etwa darunter eine Einrichtung, um angenehme Stellungen Bekleideten zu können und ungeheure Summen für Verwaltungsmaßnahmen auszugeben? Hier kann von Fürsorge, die geschaffen ist, um bei Notfällen einzugreifen, nicht gesprochen werden. Wir fragen deshalb, wie lange die Kriegsoffen noch der Willkür dieser Stellen preisgegeben werden sollen? Will der Magistrat nicht endlich eingreifen? Wenn man bedenkt, daß z. B. eine Kriegserwitwen in Berlin bei Verlust eines Sohnes mit einfacher Ausgleichszulage monatlich 175,55 M., also täglich 6,75 M. erhält und eine erwerbslose weibliche Person in gleichen Verhältnissen 15 M. täglich, also 7,25 M. mehr, so erübrigt sich jede weitere Bemerkung. (Bis auf die, daß auch 15 M. täglich heute ein Bettel sind. — Die Red.)

## Prüfungstermin in Sachen Köhn

Im Konkurs Karl Köhn, Sportbank, fand gestern der allgemeine Prüfungstermin statt. Nach dem Bericht des Konkursverwalters konnte endlich nach rechtskräftig vom Kammergericht abgelehnter Beschwerde des Gemeinschuldners über die Konkursöffnung an die Bewertung der Vermögensobjekte gegangen werden. Die Villa, Freiherrenstr. 12, mußte an den Vorbesitzer zurückgegeben werden wegen Nichtigkeit des Kaufvertrages. Der Nachlass floß somit 830 000 Mark bar zu. Nach Verkauf des Bades Kolbber zahlte Normann 460 000 Mark an die Masse zurück. Ebenso gab das Finanzamt Dresden 684 850 Mark frei. Die Befände der Konten beim Unionklub und der Deutschen Volksbank wurden eingezogen.

Bei letzterer beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft zunächst 200 000 Mark für den Fiskus. Ferner erbrachte das Auto des Gemeinschuldners einen Erlös von 120 000 Mark. Das Gut Rehof bei Jochen wurde für 1 650 000 Mark verkauft. Nach unverwertet ist der Kennstall, doch besteht mit Beginn der Reuektion Aussicht auf Ablosung dieses Objektes. Ueber die Aussichten einer Reihe schwebender Prozesse ist noch nichts zu sagen.

Die Höhe der angemeldeten Forderungen steht noch nicht fest, daher kann auch nicht annähernd die Höhe der zur Verteilung kommenden Dividende angegeben werden. Bekanntlich ist die Buchführung des Gemeinschuldners beispiellos verlottert; für keinen einzigen der circa 80 000 Einhaber ist ein Konto eingerichtet. Zur gewissenhaften Prüfung ist jedoch als Vorbedingung die Grundlage der Buchführung herzustellen. Um so wichtiger ist diese Maßnahme, als damit zu rechnen ist, daß zahlreiche gefälschte Quittungen über hergegebene Leihgelder zur Geltendmachung von Forderungen eingereicht worden sind. Um die Gläubiger vor Schmälerung ihrer Dividende zu bewahren, wird jede Forderung peinlichst mit der rekonstruierten Buchführung zu vergleichen sein. Aus diesem Grunde stellte der Verwalter den Antrag, den Prüfungstermin nochmals auf mindestens 6 Monate zu verlagern. Neuer Termin wurde auf den 19. Juni anberaumt.

Dem Termin wohnte auch der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Karl Köhn bei. Zu der Erklärung des Konkursverwalters, daß er die Forderungen der Einleger anerkennen wolle, nahm Köhn Rechtsbeistand scharf Stellung und betonte, daß er es als eine Pflicht des Konkursverwalters erachte, diese vielumstrittenen Forderungen, deren Rechtsbefähigung außerordentlich zweifelhaft sei und die das Rückgrat des Konkurses bilden, zu bekämpfen. Die Aussichten der Gläubiger sind keineswegs günstig.

**Jugendweiche.** Die Kinder, die am 12. März an der Jugendweiche im Großen Schauspielhaus teilnehmen, treffen sich morgen, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9.

**Verlegung der Auskunfts- und Beschwerdestelle in Neudöbn.** Die von der hiesigen Bezirksversammlung eingerichtete Auskunft- und Beschwerdestelle befindet sich jetzt im Zimmer Nr. 235 des Rathhauses, Berliner Straße 63/64, 2. Treppen. Sie ist geöffnet an sämtlichen Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags; außerdem findet an jedem Donnerstag nachmittags von 5—7 Uhr Bezirksverordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnerschaft entgegenzunehmen.

**Gegen die Einstellung der Dablemer Untergrundbahn.** In der Zehlendorfer Bezirksversammlung hat der Bezirksverordnete Erdmann einen Antrag eingebracht, der sich gegen die beabsichtigte Einstellung des Untergrundbahnverkehrs auf der Strecke Zehlendorfer Platz—Thielplatz richtet. In dem Antrag heißt es: Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Magistrat, den für die Wilmersdorfer—Dablemer Strecke der Untergrundbahn gezahlten Zuschuß herabzusetzen. Das würde zu einschneidenden Einkürzungen des Verkehrs und Tarifserhöhungen auf dieser Strecke führen. Die Bezirksversammlung ersucht daher das Bezirksamt, beim Magistrat gegen die Herabsetzung des städtischen Zuschusses vorzugehen.

**Wilmersdorf.** In den nächsten Tagen müssen wieder die schulpflichtig gewordenen Kinder zur Schule angemeldet werden. Da ist es Pflicht der Arbeitereitern, ihre Kinder einer Schule zuzuführen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die ihr anvertrauten Kinder zu freien, den Kindern Menschen heranzubilden. Diese Aufgabe erfüllt hier am Orte nur die weltliche Schule. Die Lehrerschaft sowie der Elternbeirat dieser Schule sind stets bestrebt, diese Schule im neuzeitlichen Sinne noch weiter auszubauen. Und wenn die Eltern dieses Bestreben fördern helfen, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Darum meldet Eure Kinder der weltlichen Schule an. Auskunft wird von dem Schulleiter Schmalz, sowie auch von den Elternbeiratsmitgliedern Böhm, Radtkestr. 9 und Sitrop, Waldstr. 7a, erteilt. Am Freitag, den 3. März, abends 7 Uhr, findet in der Schulaula, Radtkestr., eine Elternversammlung statt mit der Tagesordnung: „Wodurch unterscheidet sich die weltliche Schule von den anderen.“ Anschließend freie Aussprache.

**Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Mittwoch.** Ein wenig kühl, zeitweise heiter, jedoch unbeständig mit wiederholten Regenschauern und frühen südwestlichen bis westlichen Winden.

# Gewerkschaftliches

## Zielbewußte Fechter

### Zur Krise im Bauarbeiter-Verband

Wir haben bereits an anderer Stelle auf die Krise im Bauarbeiter-Verband hingewiesen, der, um den Bestand der Berliner Ortsgruppe sicherzustellen keinen anderen Ausweg mehr sieht, als eine ganze Portion Kommunisten vom reinsten Wasser auszumischen. Darob natürlich großes Geschrei in der von Moskau reichlich subventionierten Presse.

Wie steht es im Bauarbeiter-Verband aus, welche Ursachen bewegen die Ortsgruppe zu diesem Schritt und ist diese Krise nur im letzteren Verbands anzutreffen?

In manch anderen Berliner Verbänden sind ebensolche durch die kommunistischen Apostel heraufbeschworenen Krisen latent und je nach dem Stärkeverhältnis werden die Konflikte ausgetragen. In letzter Zeit versahren allerorts die Kommunisten nach dem Rezept: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ Die Kommunisten sind überall in der Minorität und ihr hysterisches Geschrei steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Stärke, Qualität und Güte ihrer Argumente. Aber mit Verfechtermut stürzen sich diese total verrannten Kommunisten in den „Kampf“, machen jede praktische Gewerkschaftsarbeit unmöglich, verfehlen den aktiven Mitgliedern die Lust zur Mitarbeit, am letzten Endes den — Sowjetisten über jedem Verband aufzuspähen. Die „Agitation“ dieser Leute wird in letzter Zeit geradezu gemeingefährlich und nicht mal die Kundgebungen der Jugend für sozialpolitische Forderungen bleiben unbedenklich. In mehreren Berliner Gewerkschaften können durch diese destruktive Tätigkeit keine ordnungsgemäßen Generalversammlungen mehr stattfinden, die endlos vertagt werden müssen. Dabei verfolgt man eine Kaskademantik, indem durch Krakeel die Versammlungsbefugter hinausgedrängt werden, die Tagung selbst ins Endlose gezogen wird, bis der kommunistische Heerhaufen übrig bleibt, der dann unter sich „Beschlüsse“ faßt und „Wahlen“ vornimmt. . . .

Dieser Stand ist einfach nicht mehr zu steigern und zu ertragen. Unsere Verbände haben fast bis zur Selbstaufgabe Langmut geübt, aber jetzt ist der Punkt erreicht, wo radikaler Schluß gemacht werden muß, sollen nicht die Gesamtinteressen der Arbeiterchaft in Mitleidenschaft gezogen werden.

Diese ganze Gewerkschafts„politik“ der Kommunisten wird von ein paar Leuten gemacht, die längst wegen schwerer statutarischer Vergehen ausgeschlossen wurden. Im Bauarbeiter-Verband sind diese Dinge besonders kraß in die Erscheinung getreten und die Nummer 5 des Berliner Mittelungsblattes des Verbandes erbringt den dokumentarischen Beweis, wie diese Politik aufgezogen wird. Nach militärischem Muster werden die „Richtlinien“ aufgestellt, die präzisiertere Aufgaben an die Fraktionsmitglieder stellen, als ob's sich darum handeln würde, einen „Feind“ niederzurufen.

Alle diese Sonderbestrebungen und Querstreiberien kann sich keine Organisation auf die Dauer gefallen lassen und deshalb der bedauerlich aber verständliche Entschluß des Bauarbeiter-Verbandes, dem Schreden ein Ende zu machen. Aus niedrigsten und von Moskau geheiligten Motiven wird dieser Kampf in seiner abschreckendsten Form bei den Bauarbeitern geführt, an deren Spitze die von der „Roten Fahne“ als „Kettler“ und „zielbewußte Fechter“ ausposaunten armen Schächer wie ein Kaiser, Bachmann, Hedert und der ausgewiesene Mosauer Nationalheld Brandler stand und steht. Die zwei letzteren sind bekanntlich Bauarbeiter und gaben früher in Chemnitz eine Gastrolle, sprengten die dortige Ortsgruppe und machten sich — selbständig! — Das berühmte Duett, Hedert—Brandler, zeigte schon bei Zeiten, das es ein Häßchen zu werden verspricht und erregte während seiner Tätigkeit in Zürich, in der Schweiz, zweifelndes Kopfschütteln. Hatten wir doch selbst jenseit dieser roßwoll-demagogischen Art bewerten zu können.

Und nun erhebt sich die Schlussfrage, ob angesichts dieser verantworungslosen Treiberei seitens solcher Leute, die wir eben nannten, das so weitergehen soll? Da müssen wir schon sagen: Nein! Und wir schließen uns den Ausführungen des bereits erwähnten Blattes an, wo es heißt:

„Wer das Statut nicht als rechtsverbindlich für sich anerkennt, wer gegen die Verbandstagsbeschlüsse verstoßt und den Anweisungen des Vereinsvorstandes, die Verbandstagsbeschlüsse einzuhalten, nicht nachkommt, stellt sich außerhalb des Verbandes und hat die sich hieraus ergebenden Konsequenzen zu tragen. Deshalb, Verbandskollegen, tut Eure Pflicht! Sorgt mit dafür, daß eine Gesundung des Berliner Vereines herbeigeführt wird!“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen und möchten nur noch unsere Genossen innerhalb des Verbandes auffordern, mitzuhalten, diese so notwendige Gesundung herbeizuführen.

## Taktische Auseinandersetzungen

### Die letzten Streiks.

Die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortsrats des AFD-Bundes letzte am Montag die Aussprache über die letzten Streiks fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung trat Genosse Sabath in gebührender Weise der Demagogie der „Roten Fahne“ entgegen, die sich in einem Artikel mit den zur Beratung stehenden Richtlinien, die wir Sonntag erwähnten, befahte, und diesen eine Auslegung gab, die von einer Verständnislosigkeit zeugt, wie man sie nur in der Redaktion dieser Zeitung findet.

In der Debatte führte Genosse Frig Schmidt u. a. aus: Bei den letzten Streiks habe man es mit den Handlungen reiner Egoisten zu tun gehabt. Der Redner kritisierte scharf die Beschlüsse der Funktionäre der Gemeindearbeiter und die Haltung der Bevollmächtigten dieser Organisation. Denjenigen, die den Streik der städtischen Arbeiter provozierten, hätte auch die Verantwortung überlassen werden müssen. Den Grenzstreitigkeiten der Berliner Gewerkschaften und dem gegenseitigen Abjagen der Mitglieder mühte radikal ein Ende bereitet werden. Schmidt wandte sich am Schluß gegen die Haltung des Lohnartikels, das die Vertreter des J. d. A., Krüger und Schmidt, als Verhandlungskontrahenten ablehnte. Die vorgelegten Richtlinien könnten Wort für Wort unterschrieben werden.

Jäger lehnte die Richtlinien ab, da durch sie Kämpfe, wie der Gemeindearbeiterstreik, abgewürgt werden sollen. Die Dankadresse des Reichsanwalters an den A. D. G. B. sei ein Beweis dafür, daß der Gewerkschaftsbund das Interesse des kapitalistischen Staates über das der Arbeiterchaft gestellt habe. Lagodziniski steht in den Richtlinien ein Geheiß, das in Zukunft hindernd im Wege stehen dürfte. Redner schilderte eingehend den Wert des Mitbestimmungsrechtes der städtischen Arbeiter und gab ein chronologisches und sachliches Bild der Verhandlungen mit dem Magistrat, der Arbeiterfragen genau so behandelte, wie private Unternehmer es tun. Erupid habe sich der Streik der städtischen Arbeiter entwickelt. Frig Schmidt habe bei Verhandlungen mit dem Magistrat die streikenden Arbeiter preisgegeben. Die Gemahrgestellten würden zu Lasten

Schmidts fallen. Einzelne Paragraphen der Richtlinien könnten von den Gemeindearbeitern nicht anerkannt werden; der Redner forderte die Ablehnung der Vorlage.

Genosse Jiska glaubte feststellen zu müssen, daß eine Ursache des Streiks in der Tatsache zu suchen sei, daß der Gemeindearbeiterverband bei seiner Mitgliederwerbung mehr Wert auf Quantität als Qualität der Mitglieder legte. In aller Schärfe und zu jeder Zeit hätte an dem Statut festgehalten werden müssen. Die Richtlinien, die nun nach Ansicht des Ausschusses notwendig seien, zeigten gewissermaßen die Tragödie der Berliner Gewerkschaften. Nach einer Kritik der Taktik des Gemeindearbeiter-Verbandes stellte der Redner fest, daß die Verwaltungsstelle Berlin der Metallarbeiter nicht ihre Unterschrift unter den Aufruf der Spitzenorganisationen gegeben habe. — Genosse Sabath gab dieselbe Erklärung für die Gewerkschaftskommission ab.

Der vorgeschrittenen Zeit wegen wurde alsdann die Versammlung vertagt.

## Der Reichstarif in Gefahr

### Kampf im Bankgewerbe?

Eine überfüllte öffentliche Versammlung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten beschäftigte sich am 6. März in der Bölow-Brauerei mit dem am 1. April ablaufenden Reichstarif. Marx schilderte eingehend die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, nach denen es durch den festen Zusammenschluß aller Angestellten gelang, den Reichstarif durchzubringen. Damit haben die unwürdigen Zustände ein Ende gefunden und die Beteiligung an Lohnerböhrungen aufgehört. Der Reichstarif gibt den Angestellten die Macht, zu gleicher Zeit, an allen Orten mit dem gleichen Ziele in den Kampf zu treten. Das unablässige Bemühen der Bankdirektionen, den Reichstarif abzuschaffen, hat jetzt durch den Verrat des Gewerkschaftsbundes der Angestellten Unterstützung gefunden. Unter lebhaftem Beifall rechnete Emants mit den verantwortungsvollen Stellen im Staate ab, die sich zu Dienern des Kapitalismus gemacht haben. Den Betriebsräten soll im „Interesse des Staates“ kein Sitz in dem Aufsichtsrate zugestanden werden, und damit sind alle Wünsche der Kapitalisten erfüllt, die befürchten, daß die Arbeitnehmer einmütig Einsitz in die Geschäfte gewinnen. Eigenmächtig wurde die schon im alten Rom der gemeinliche Schuggott der Kaufleute und Spitzbuben — Hermes . . . eingehend beschäftigt sich der Referent mit der Teuerung und forderte zum engsten Zusammenschluß, der den Erfolg verbürge.

Eine einstimmig angenommene Resolution wendet sich gegen das provokatorische Verhalten der Bankinstitute in der Frage der Entlohnung und des Mitbestimmungsrechtes und fordert den Verband auf, den kommenden Kampf vorzubereiten.

**Seifenarbeiter.** Die Lohnbewegung in der Seifenindustrie ist beendet. Die neuen Lohnsätze können im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Engelauer 24/25, 2. Etage C. I. in Empfang genommen werden. Verband der Fabrikarbeiter.

## Parteiveranstaltungen

**Schöneberg-Friedenau.** Das Jubiläumfest des 10. Bezirks (Ebers, Frick, Geyer, Wittenberg, Hedert, Haupt und Heurich) befindet sich jetzt bei Frick, Tempelhofer Str. 13, Ecke Borschstraße.

### Dienstag, 7. März

1. Bezirk (Wedding). Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Sitzung in der Schule Büttcher Str. 4/45 (Oberstraße). Vortrag.

### Mittwoch, 8. März

2. Bezirk, 5. Abteilung. Der Jubiläum hat nicht mehr Rosenhofer Hof statt, sondern Hofmannstr. 25 bei Scheibhauser. Um punktliches Erscheinen der Genossen wird gebeten.

3. Bezirk (Berlin-Mitte). 1. Abteilung. Gemeinsamer Jubiläum bei Bredow, Bredow, Ecke Sonnenstraße Str. 12.

10. Bezirk, 7. Abteilung. Gemeindefestlicher Jubiläum bei Kumpu, Altkirchner Weg 8.

13. Bezirk (Kreuzberg). Der Jubiläum hat in folgenden Lokalen statt: 1. Abt. Lokal Löhner, Wödrichstr. 92. 2. Abt. Gruppe 91—97, 106—108 Schneefeld, Kollwitzstr. 20, 98—100 und 105 bei Reichel, Guelienaustr. 17, 101 bis 104 bei Bergmann, Ecke Helmstraße, 109—114 Hedert, Joffener Str. 1. 3. Abt. gemeinsame Jubiläum Restaurant „Zum Anker“, Planufer, Ecke Wilmstraße. Vortrag des Gen. Seitzschel, 4. Abt. Schulaula Dillenbachstr. 11.

Reichsverband. Jubiläum 1., 4. und 6. Gruppe bei Kugel, 5., 7. 11. Gruppe im Volkshaus, 12. Gruppe bei Wedding.

Reichsverband. 2. Abt. Mitgliederbeirat hat für unseren Ort ein gemeinsames Jubiläum aller Bezirke im Seebad, Reichenstr. 49, abends 7 Uhr, statt. Reichenberg-Str. 1, Bezirk, 4. Abteilung. Der Jubiläum mit Kellert hat abends 7 Uhr bei Scherbaum, Krossener Str. 14, statt. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Bezirk Mitte. Die Arbeitergruppe kann am Mittwoch nicht zusammenkommen, da der Raum der Arbeiter-Bildungsschule anderweitig belegt ist.

## Vereinskalender

**Kollekturförderung.** Wichtige Funktionärsversammlungen. 1. Abt. Süden: Donnerstag, 8. März, abends 7 Uhr, bei Neuhilfsplatz, Wilmersdorf, 21. Abt. Norden: Freitag, 10. März, abends 7 Uhr, bei Köppler, Tiefstr. 24. Tagesordnung: 1. Ausmaß der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Beschäftigungsmittels. 2. Reorganisation.

### Donnerstag, 9. März

Zentralverband der Angestellten. Hausmann, Zeinen und Kiehlhoffgebäude. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Neue Köpplerstr. 26. — Tagungsgruppe Holz. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Holzthaler Hof, Holzthaler Str. 11/12.

Hand der deutschen Angestellten und Beamten. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung, Schwebel, Sabels Restaurant, Tempelhofer Ufer 6. — Abends 7 1/2 Uhr, Charlottenburg II, Kiederschele, Viehöverstr. 21. — 7 1/2 Uhr, Reichsverband, Franzfurter Weg 226. — 7 Uhr, Köppler, Joffener Str. 1. 3. Abt. Zeinen, 140. — 7 1/2 Uhr, Ober 1, Gasthausrestaurant Straußauer Ufer 48.

Bezirksverband und Helfer. Abends 7 1/2 Uhr Versammlung der Section im Saal 3 des Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25. Wichtige Tagesordnung: Erscheinen aller Kollegen im Pflicht.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Pilske, Koch-Verlin. 2. Verwaltungsbereich. Abends 7 1/2 Uhr Versammlung aller im 2. Verwaltungsbereich anwesenden und bei uns organisierten Kolleginnen und Kollegen bei Liebenow, Wadenjerstr. 19. Erscheinen aller im Pflicht. — Die Bezirksleitung.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Vertriebs- und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kammerling, Berlin. — Verlagsvermittlung: „Freiheit“, v. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 54.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn sie genügend frankierter Briefumschläge beigelegt ist. Das geschieht für die Anfragen aus dem Bezirke.

## Buchhandlung „Freiheit“

C 2, Breite Straße 8-9, 2. Hof parterre

## Ständige Bücher- und Bilder-Ausstellung

Sozialistische Literatur  
Schöne Literatur / Jugendschriften  
Bilder mit und ohne Rahmen  
Reiche Auswahl

## \* Antiquariat \*

Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags